

Koalition beschleunigt den Umstieg

Den Erneuerbaren gehört die Zukunft

Union und FDP betreiben den Umstieg in die Erneuerbaren Energien überzeugt und ernsthaft. Die Abgeordneten im Deutschen Bundestag arbeiten in unzähligen Sondersitzungen an einem Konzept für die künftige Energieversorgung Deutschlands. Im Juni wird der Bundestag den beschleunigten Umstieg gesetzlich regeln.

Die christlich-liberale Koalition ermöglicht eine gründliche parlamentarische Beratung über die Beschleunigung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien. Bereits seit mehreren Wochen treffen sich die Abgeordneten von Union und FDP regelmäßig zu Sondersitzungen, um über die Zukunft der Energieversorgung zu sprechen. Im Juni sollen dann das Bundeskabinett sowie der Bundestag abschließende Entscheidungen in dieser Sache treffen. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, begrüßt diesen Zeitplan: „Wir brauchen die Zeit. So haben wir die Möglichkeit, Experten anzuhören, Standpunkte auszutauschen und informierte Entscheidungen zu treffen.“

Ziel des Verfahrens ist nicht nur ein konkretes Datum für den Ausstieg aus der Kernkraft, sondern auch ein klarer Fahrplan für den Weg dorthin. Die christlich-liberale Koalition bekennt sich zu einem verantwortungsvollen Umstieg, der neben dem Klimaschutz auch den Zielen Energiesicherheit und Preisstabilität gerecht wird. Daher richten Union und FDP ihr Augenmerk auch auf die Fragen nach dem Ausbau der Stromnetze, der Entwicklung von modernen Speichertechnologien und der möglichen Inbetriebnahme neuer, umweltschonender Gaskraftwerke. Insbesondere die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag lässt keinen Zweifel daran, dass es ein geordneter, schrittweiser Umstieg sein muss. Frau Hasselfeldt fordert, „den Ausstieg aus der Kernkraft und den Einstieg

in neue Energieträger durch konkret überprüfbare Schritte miteinander zu verbinden“. Der Umstieg müsse daher auch regelmäßig auf seinen Erfolg hin überprüft werden.

Union und FDP suchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens für ihre Entscheidungen zur künftigen Energiepolitik Deutschlands. Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertengruppe bringt etwa Vertreter der Wissenschaft, der Kirchen und der Gewerkschaften zusammen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ging auch auf die Opposition zu. Am Montag traf sie sich mit den Spitzen aller Bundestagsfraktionen zu einem intensiven energiepolitischen Gespräch. Auch Frau Hasselfeldt setzt sich für ein parteiübergreifendes Vorgehen ein: „Für die künftige Energieversorgung in Deutschland wäre es am besten, wenn im Konsens mit den Oppositionsfraktionen entschieden werden könnte. Bei der SPD sehe ich da größere Chancen als bei den Grünen. Aber wir werden mit beiden Gespräche führen.“

Union und FDP wollen auch die Idee der Bürgeranlagen weiter verfolgen. Solche Kleinkraftwerke, von denen viele Bürger wirtschaftlich profitieren könnten, erreichen vor Ort eine hohe Akzeptanz. Für Gemeinschaftsanlagen dieser Art gibt es viele Möglichkeiten: In der einen Region kann es ein Windpark sein, in einer anderen eine Solaranlage oder ein Blockheizkraftwerk. Nach den Vorstellungen der Koalition sollen dabei alle spüren: Es geht um unsere Energieversorgung.

Zeit für seriöse Energiepolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer sich Sorgen um die Stabilität des Euros macht, ist kein schlechter Europäer, sondern es liegt ihm die Zukunft unseres gemeinsamen Europäischen Hauses am Herzen. Die Mitgliedsstaaten des Euroraums, vor allem aber Deutschland, haben riesige Summen für die wirtschaftliche Gesundung Griechenlands bereitgestellt und auch überwiesen. Eine große Solidaritätsaktion. Aber alle Anstrengungen müssen Aussicht auf Erfolg bieten. Wie soll Griechenland immense Zinsen und Schulden zurückzahlen, wenn die Steuereinnahmen schon jetzt nicht ausreichen, weil davon auch alle Ausgaben wie Polizei, Militär und Universitäten bezahlt werden müssen? Nun soll die Lücke durch den Verkauf von Staatsvermögen geschlossen werden. Griechenland möchte 50 Mrd. Euro erlösen. Gleichzeitig gilt das Versprechen, das die Politik bei der Einführung des Euro den Menschen in Deutschland gegeben hat: Die Eurozone darf nicht zu einer Transferunion werden. Wir in Bayern zahlen schon jetzt im Bundesländer-Finanzausgleich mehr als 3 Mrd. Euro pro Jahr an Steuergeldern, die in Bayern verdient werden, an andere Bundesländer. In Deutschland gibt es eine grundgesetzliche vorgesehene Transferunion, die aber zunehmend als ungerecht empfunden wird. Eine zweite Transferunion für Europa können wir uns schlichtweg nicht leisten. Deshalb müssen jetzt die Fakten auf den Tisch: Wie viel Zinsen kann Griechenland in diesem Jahr tatsächlich zahlen? Wie entwickeln sich die Steuereinnahmen in Griechenland? Hat das bisherige Stützungskonzept der EU noch Chancen auf Erfolg?



Wer behauptet, diese Fragen dürften gar nicht öffentlich diskutiert werden, weil damit die Märkte verunsichert werden und alles noch schlimmer wird, täuscht sich. Das Schlimmste wäre es, Vertrauen dauerhaft zu beschädigen. Nichts darf unter den Tisch gekehrt werden, alles muss offen angesprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Singhammer MdB

Aktuelle Initiativen I

Weniger Bürokratie, weniger Punkte

Grund zur Freude für alle Autofahrer in Deutschland: Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer macht ihnen mit zwei wichtigen Initiativen das Leben leichter. Das Wechselkennzeichen sorgt für weniger Bürokratie, der Umgang mit den Flensburger Punkten wird transparenter und fairer.

Wer zwei verschiedene Autos nutzt, braucht künftig nur noch ein Nummernschild: 2012 kommt das von Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer angekündigte Wechselkennzeichen. Es kann abwechselnd für verschiedene PKW verwendet werden. Mit dem Wechselkennzeichen wird die Zulassung mehrerer Fahrzeuge vereinfacht und Bürokratie abgebaut. Zugleich soll es auch als Anreiz zum Kauf eines Zweitwagens wirken, zum Beispiel eines kleinen Stadtautos oder eines besonders umweltfreundlichen Elek-



troautos. Klarer Vorteil für alle Autofahrer: Sie können mit deutlichen Rabatten bei der Versicherung rechnen.

Besonders vorteilhaft wirkt sich das Wechselkennzeichen bei der zusätzlichen Anschaffung eines Elektro-Autos aus. Derzeit wird sogar darüber diskutiert, die Steuerbefreiung für Besitzer von Elektro-Autos mit Wechselkennzeichen von fünf auf zehn Jahre zu verlängern.

Die zweite Neuerung, die Ramsauer durchgesetzt hat, betrifft die Flensburger Verkehrssünder-Kartei. Der Verkehrsminister hat es ermöglicht,

dass alle Autofahrer ihren Punktestand mit Hilfe des neuen elektronischen Personalausweises online abfragen können. Als nächsten Schritt möchte Verkehrsminister Ramsauer das viel kritisierte Punktesystem noch in dieser Legislaturperiode umbauen. Es soll einfacher, transparenter und fairer werden. Dazu soll die Gewichtung einzelner Delikte praxisnah unter die Lupe genommen werden. Besonders wichtig: Jede Ordnungswidrigkeit soll künftig getrennt erfasst werden und ebenso getrennt verjähren – unabhängig davon, ob in der Zwischenzeit neue Verstöße hinzukommen oder nicht.

Diese Woche

Koalition beschleunigt den Umstieg Den Erneuerbaren gehört die Zukunft	1
Aktuelle Initiativen I Weniger Bürokratie, weniger Punkte	2
Aktuelle Initiativen II Schöpfung und Geldbeutel im Blick	2
Aktuelle Initiativen III Ein Besuch bei Freunden	3
Klare Haltung gegen DDR-Ideologen Jahn konsequent	4
Kinderarmut deutlich niedriger Aufschwung kommt bei Menschen an	4
Agrarbericht Nachfrage steigt	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Aktuelle Initiativen II

Schöpfung und Geldbeutel im Blick

Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO werfen die Verbraucher in den Industriestaaten jedes Jahr mehr als 220 Millionen Tonnen Essen weg. Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner hat der Verschwendung den Kampf angesagt.

Allein in Deutschland landen jährlich 20 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll. Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner lässt in ihrem Haus daher Vorschläge entwickeln, um Nahrungsmittelabfälle zu reduzieren. Auch sollen Hersteller, Händler und Verbraucher dabei unterstützt werden, weniger Lebensmittel wegzuzwerfen. „Wir müssen die Verschwendung stoppen. Industrie und Handel, aber auch jeder einzelne Verbraucher kann einen Beitrag leisten, Lebensmittelabfälle zu vermeiden“, sagt Frau Aigner. „Wer Abfall vermeidet, hilft der Umwelt und dem Klima, und er spart außerdem eine Menge Geld.“



verbraucherministerium lässt bis Ende 2011 eine umfassende Untersuchung erstellen, die erstmals konkrete Zahlen über die Art und Menge der Nahrungsmittel liefern soll, die Jahr für Jahr auf dem Müll landen. Ziel ist es, Vorschläge zur Abfallverringering zu erarbeiten.

„Lebensmittel sind wertvoll – wir sollten sie mehr schätzen“, so Aigner. „Wir müssen weniger Lebensmittelabfälle produzieren und die sinnvolle Nutzung von Reststoffen ausweiten, auch bei der Erzeugung von Bioenergie.“ Gerade im privaten Haushalt bieten sich viele Möglichkeiten, um der Verschwendung von Lebensmitteln vorzubeugen. Wer Einkäufe und Mahlzeiten richtig plant, vermeidet Abfälle. Wenn Gemüse oder Obst gut gelagert wird, bleibt es länger frisch. Auch kann man aus Resten leckere Gerichte kochen – für die Restküche gibt es sogar spezielle Kochbücher.

Aktuelle Initiativen III

Ein Besuch bei Freunden

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich nutzte die Osterpause zu seinem Antrittsbesuch in Washington. Seine Gespräche mit der Heimatschutzministerin und dem Justizminister machten deutlich: In der Innen- und Sicherheitspolitik ist die transatlantische Freundschaft von besonderer Bedeutung.

Einen besseren Zeitpunkt für seinen Antrittsbesuch in den USA hätte sich Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich nicht aussuchen können: In der Nacht vor der Abreise war es amerikanischen Spezialkräften gelungen, Osama Bin Laden zu töten – ein großer Erfolg im gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Gleich nach seiner Ankunft in Washington tauschte sich Friedrich mit dem ehemaligen Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, James Jones, über die jüngsten Entwicklungen aus. „Ich habe in allen Gesprächen gespürt, dass die Amerikaner aufatmen, dass es ihnen gelungen ist, Bin Laden aufzuspüren und zu überwältigen“, so der Bundesminister.

Mit seiner Amtskollegin, der Heimatschutzministerin Janet Napolitano, erörterte Friedrich das wichtige

Thema Integration. Auch der Datenschutz, Cyber-Security und das Training der afghanischen Polizei durch deutsche Polizeikräfte waren Themen des Ministergesprächs. Ausdrücklich dankte die amerikanische Ressortkollegin Friedrich für den deutschen Beitrag zum Aufbau der afghanischen Polizei. Friedrich, dem das Thema Integration sehr am Herzen liegt, hatte zuvor bereits mit dem Leiter der amerikanischen Einwanderungsbehörde, Alejandro Mayorkas, darüber gesprochen, wie Integration noch besser gelingen kann. „Wir brauchen ein klareres Bewusstsein für nationale Symbole. Wo die Identifikation stimmt, funktioniert auch die Integration leichter. Am amerikanischen Patriotismus kann man das gut beobachten“, sagte Friedrich anschließend.



An den beiden Abenden des Aufenthalts tauschte sich Friedrich informell mit Professoren der renommierten Georgetown University und Vertretern verschiedener Forschungsinstitute aus. Kurz vor seiner Rückreise traf Friedrich mit dem amerikanischen Justizminister, Eric Holder, zusammen. Erörtert wurde hier unter anderem das Thema Datenschutz. Zum Abschluss seines Aufenthalts verdeutlichte Friedrich die Bedeutung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses: „Die Gespräche zur Integrationspolitik waren überaus lehrreich. Außerdem ist in den USA erneut deutlich geworden, wie bedeutend die internationale Zusammenarbeit gerade im Bereich der Terrorismusbekämpfung ist. Die Unterstützung unserer amerikanischen Freunde ist immens wichtig.“

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Gut bedient,...

Zu viele Bosse und zu wenige Mitarbeiter, radikale Stellenstreichungen und überarbeitete Angestellte! Der Laden, um den es hier geht, heißt Verdi und soll eigentlich etwas für Arbeitnehmer tun, nicht gegen sie. Zum zehnjährigen Jubiläum des Zusammenschlusses von fünf Gewerkschaften zur zweitgrößten DGB-Gewerkschaft herrscht in den eigenen Reihen alles andere als Feierstimmung. Arbeitnehmervertreter schlagen Alarm, kritisieren in ungewöhnlich scharfer Form den Vorstand um Frank Bsirske (Bündnis 90/Die Grünen). Dieser schaffe etwa das sogenannte „Sonnensystem“ nicht ab, obwohl er dies angekündigt hatte. So umschreiben Verdi-Mitarbeiter das Phänomen, dass die Gehälter mit der Nähe zum Vorstand wachsen. Bsirskes größte persönliche Leistung im letzten Jahrzehnt scheint es indes gewesen zu sein, sich so lange als Verdi-Boss gehalten zu haben.

...schlecht erinnert,...

Ein recht(s) einseitiges Geschichtsbild offenbarte jüngst Manuela Schwesig, Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern und aktuelle „Vorzeigefrau“ der SPD. Bei einer Jugendweihe lobte sie die „demokratische Tradition“ dieser Veranstaltungsform, die im 19. Jahrhundert von freireligiösen Gemeinden in bewusster Opposition zur kirchlichen Kommunion und Konfirmation entwickelt und in der Weimarer Zeit von SPD und KPD zur Blüte gebracht wurde. Zwar kritisierte sie die Abschaffung der Jugendweihe durch die Nationalsozialisten, „vergaß“ aber, ihre wenig glorreiche Rolle im DDR-System zu erwähnen. Dort bildete die Jugendweihe 40 Jahre lang den Abschluss politischer Indoktrinierungsmaßnahmen, die aus jungen Menschen funktionierende Marxisten machen sollten. Auf dem linken Auge blind – eine weitverbreitete Sehschwäche in der heutigen SPD.

...völlig abgedröht!

Oskar Lafontaine hilft dem Linken-Vorstand, wo er kann. Aktuell beweist er: Löttsch oder Lafo – das ist alles dasselbe. Seine heftige Linksdrift führt ihn dieser Tage zum Trotzlisten-Kongress „Marx ist Muss 2011“ Anfang Juni in Berlin. Themen der rostroten Brandstifterrunde lauten unter anderem „Reform, Revolution, Transformation: Wie sieht der Weg zum Sozialismus aus?“, „Klassenbewusstsein und Klassenkämpfe heute“ und „Wie der Kapitalismus die Menschen verkorkst“. Darüber zumindest könnte der Napoleon von der Saar einiges erzählen. Schließlich verband er zeitlebens „links reden“ und „rechts leben“ mit größtem Erfolg – echt „verkorkst“ eben. Seinen „Palast der sozialen Gerechtigkeit“ nebst 25.000 m² großem Garten im Saarland hat er jedenfalls nicht nur aus Luft und Liebe zusammengezimmert. Soviel linke Doppelzüngigkeit verdient besondere Beachtung.

Klare Haltung gegen DDR-Ideologen

Jahn konsequent

Der neue Chef der Stasi-Unterlagenbehörde setzt sich durch: Ehemalige Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit werden aus seiner Behörde entfernt. Mit seiner klaren Haltung gegen Stasi-Täter in der Aufarbeitungsarbeit war Roland Jahn zuvor auf heftige Kritik der Opposition gestoßen.

Man stelle sich einmal vor: Nach der Überwindung einer Diktatur soll in der darauf folgenden Demokratie ein Institut die Verbrechen des vergangenen Regimes aufarbeiten. Doch die unabhängige Forschungsarbeit wird gestört: Frühere Mitarbeiter des Geheimdienstes der ehemaligen Diktatur haben das Institut durchsetzt. Was klingt wie der Beginn eines dunklen Agenten-Thrillers, kommt der Realität in Deutschland sehr nah. In der Behörde zur Aufarbeitung für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, der sogenannten Stasi-Unterlagen-Behörde, arbeiten mehr als 40 ehemalige Stasi-Offiziere. Unter ihnen befinden sich sogar ein Inoffizieller Mitarbeiter des Spitzeldienstes sowie drei ehemalige Soldaten des befürchteten Stasi-Wachregiments.

Als Roland Jahn, seit einigen Monaten Leiter der Behörde, auf diesen Missstand aufmerksam machte, ertete er heftige Kritik von links: Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion nannte ihn daraufhin einen „Eiferer“, der eine „Menschenjagd“ anstelle. Wenige Tage später musste der Sozialdemokrat zurückrudern und entschuldigte sich halbherzig für seine Respektlosigkeiten. Auch in der Sache wird Jahn das letzte Wort behalten: Unterstützt von der christlich-liberalen Regierungskoalition wird er die Versetzung der betroffenen Mitarbeiter in andere Behörden vorantreiben. Diese waren ursprünglich von Jahns Vorgänger Joachim Gauck eingestellt worden. Auch die zwischenzeitliche Behörden-Chefin Marianne Birthler (Grüne) hatte sie geduldet.

Kinderarmut deutlich niedriger

Aufschwung kommt bei Menschen an

Die Kinderarmut in Deutschland ist deutlich geringer als bisher angenommen. Wie die OECD bekannt gab, stimmten die von ihr verwendeten Zahlen seit Jahren nicht. Dadurch wird einmal mehr deutlich: Das soziale Gleichgewicht in Deutschland ist stabiler als es Rot-Rot-Grün lieb ist.

Deutschen Kindern geht es deutlich besser als ihren Altersgenossen in den anderen Industrienationen der Welt. Nur 8,3 Prozent der Minderjährigen sind von Armut betroffen. Dies teilte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in der vergangenen Woche mit. Damit korrigierte es die Zahlen aus den Kinderarmutsberichten der OECD. So hatte die internationale Organisation etwa für 2009 eine Kinderarmuts-Quote von 16,3 Prozent angegeben, obwohl sie damals schon deutlich unter zehn Prozent lag. Die Veröffentlichung des Berichts hatte 2009 – drei Wochen vor der Bundestagswahl – für heftige politische Diskussionen gesorgt. SPD, Linkspartei und Grüne hatten die Zahlen damals im Sinne ihrer politischen Ziele instrumentalisiert.

In Wirklichkeit liegt die Kinderarmut in Deutschland seit Jahren deutlich unter dem Durchschnittswert der OECD-Länder. Die christlich-liberale Koalition hat diese Entwicklung gestärkt, indem sie das Kindergeld bereits kurz nach ihrem Start um 20 Euro pro Monat erhöhte. Auch die hervorragende allgemeine wirtschaftliche Lage wirkt sich positiv auf das Wohlergehen der Kinder in Deutschland aus. Seit dem Amtsantritt der unionsgeführten Bundesregierung ist die Zahl der Erwerbslosen – trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen – um 1,7 Millionen zurückgegangen. Zusätzlich zu den Neueingestellten profitieren auch Millionen von betroffenen Familienmitgliedern von der Dynamik des deutschen Arbeitsmarktes.

Agrarbericht

Nachfrage steigt

Die deutsche Landwirtschaft hat die Wirtschaftskrise gut überstanden. Bundesministerin Ilse Aigner legte einen positiven Bericht vor.

Die Landwirtschaft in Deutschland profitiert vom globalen Anstieg der Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Erneuerbaren Energien. Das geht aus dem agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung hervor, den Ilse Aigner als zuständige Ministerin am Mittwoch vorlegte. Auch die Förderung deutscher Landwirtschaftsbetriebe durch die EU verbleibt auf einem bemerkenswert hohen Niveau: Mittlerweile machen die Brüsseler Subventionen 52 Prozent des Einkommens der deutschen Bauern aus. Nimmt man alle staatlichen Direktzahlungen zusammen, erhalten die Landwirte pro Hektar durchschnittlich 344 Euro.

Die Verringerung der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe hat sich verlangsamt. Es gibt weiterhin rund 300.000 solcher Unternehmen in Deutschland. Insbesondere im ländlichen Raum leistet die Land- und Ernährungswirtschaft einen enormen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Der Bericht stellt auch die internationale Bedeutung der deutschen Agrarwirtschaft dar. Auch auf diesem Feld kommt es zu einer zunehmenden globalen Vernetzung. Somit profitieren die deutschen Landwirte auch vom weltweiten Anstieg des Bedarfs an Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen.

Der von Landwirtschaftsministerin Aigner vorgelegte Bericht verdeutlicht einmal mehr: Klimaschutz, Umstieg auf Erneuerbare Energien und Agrarpolitik müssen zusammengedacht werden. So dürfe der notwendige Ausbau der Kapazitäten von Biomasse-Energie nicht zu einer „übermäßigen Konkurrenz zur Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln“ führen. Bereits heute werde etwa ein Fünftel der Anbaufläche zur Erzeugung nachwachsender Rohstoffe genutzt, aus denen Energie gewonnen wird oder die in der Industrie weiterverarbeitet werden. Vor diesem Hintergrund mahnte Frau Aigner einmal mehr zu einer ausgewogenen Produktion.